

# **DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI**

**- D K P - Neunkirchen**

**[www.dkp-saarland.de](http://www.dkp-saarland.de)**

---

## Entschließung

### der Mitgliederversammlung der DKP Kreisorganisation Neunkirchen

Die Stadtverwaltung Neunkirchen hat angekündigt (Saarbr. Ztg. 4.10.14) und später noch einmal bekräftigt, das städtische Klinikum, im Volksmund städtisches Krankenhaus, zu verkaufen. Zur Begründung werden u.a. das jährliche Defizit und die weiteren notwendigen Sanierungsmaßnahmen genannt. Als Ursachen der Finanznot wird auf das Krankenhausfinanzierungsgesetz des Bundes und die Senkung der Investitionszuschüsse des Saarlandes hingewiesen.

Damit würde eine weitere bedeutende Einrichtung der Daseinsfürsorge im Saarland ein Opfer der Kaputtsparpolitik von Bund und Land. Die sog. Schuldenbremse, getragen von allen parlamentarischen Parteien, außer der Partei Die Linke, erweist sich erneut als Methode der Aushöhlung des Sozialstaatsgebots des Grundgesetzes. Die finanzielle Notlage der Krankenhäuser ist weder mit dem Durchsetzen rigoroser Einsparungen noch mit Privatisierungen zu ändern.

Wir lehnen die Privatisierung des Klinikums Neunkirchen ab aus gesundheitspolitischen, aus sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Gründen! Private Krankenhauskonzerne, auch die in kirchlichen Trägerschaften, arbeiten in erster Linie gewinnorientiert.

- Eine Privatisierung wird zu einem Abbau von Krankenhausbetten führen. Bereiche, Abteilungen, die sich nicht „lohnen“ für die Kapitaleigner, im modernen Sprachgebrauch „Investoren“ genannt, werden geschlossen.
- In Folge der Privatisierung werden nach der tarifvertraglichen Übergangszeit die Träger versuchen für die Beschäftigten die Gehälter und Sozialleistungen zu kürzen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Neben diesen sozialen Gesichtspunkten leiden durch die steigende Belastung der Beschäftigten die Patient\_Innen.
- Sollte das städtische Krankenhaus gar in Trägerschaft eines der kirchlichen Krankenhauskonzerne geraten, wären im nord-östlichen Saarland nur noch das St. Ingberter Kreiskrankenhaus und die Uni-Klinik Homburg nicht in kirchlicher Trägerschaft. Dies hätte zusätzliche Auswirkungen für Beschäftigte und Patient\_Innen. Das kirchliche Arbeitsrecht beinhaltet soziale und demokratische Einschränkungen der Rechte der Beschäftigten. Neue Bewerber\_Innen müssen einer der beiden „Staatsreligionen“ angehören; Angehörige anderer Religionen oder gar Religionslose und Atheisten (mehr als 30% der Bevölkerung Deutschlands) werden von vorn herein abgewiesen. Auch für Patient\_Innen ist es nicht mehr möglich, sich in einem nichtkonfessionellen Krankenhaus behandeln zu lassen.

Diese Bedenken sind keine Schwarzmalerei, sie gründen sich auf vielfältige Veröffentlichungen der Gewerkschaft ver.di über Auseinandersetzungen mit den Klinikträgern.

ver.di hat vor mehreren Wochen einen Vorschlag zur Schaffung eines saarländischen Verbundklinikums der Öffentlichkeit vorgelegt. In mehreren Aktionen machen Beschäftigte des Gesundheitswesens auf die wirkliche Notlage aufmerksam. In Beratungen versucht ver.di weitere gesellschaftliche Kräfte für gemeinsamen Widerstand gegen die Kaputtsparpolitik und eine andere Finanzpolitik zusammenzuführen.

Die DKP im Saarland lehnt die sog. Schuldenbremse und die entsprechende Kaputtsparpolitik ab und hat mehrfach alternative finanz- und weitere politische Vorschläge gemacht.

Eine Privatisierung des Neunkircher Klinikums ist eine politische Entscheidung – und dies kann verhindert werden,

- wenn die Beschäftigten und der Betriebsrat, unterstützt von ver.di sich dagegen wehren,
- wenn die anderen Gewerkschaften in der Region Neunkirchen dies unterstützen,
- wenn in der Öffentlichkeit eine Kampagne dazu entwickelt wird,
- wenn die Linken im Neunkircher Stadtrat, in den Gemeinden und Kreistag Widerstand entwickeln.

Die Mitglieder der DKP werden dies unterstützen. Vor ~30 Jahren ist die Schließung der Kinderklinik Kohlhof durch öffentlichen Widerstand verhindert worden. Vielleicht gelingt auch der Erhalt des Neunkircher Klinikum in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft.

Neunkirchen, Oktober 2014